

Die Schweizer Städte unter der Lupe

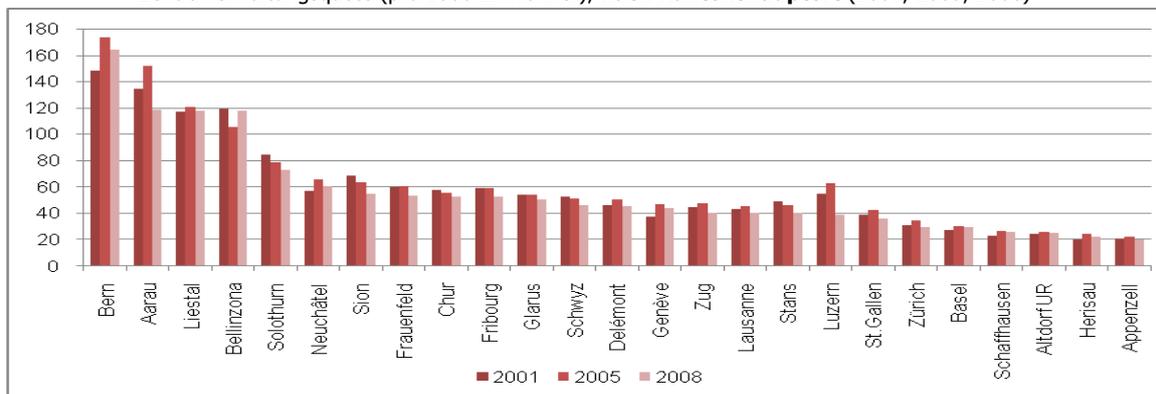
Entwicklung von politisch-administrativen Unterschieden gemäss Grösse der Städte und der geographischen Region (2000-2010)

Die Städte spielen eine immer wichtigere Rolle im Schweizer Föderalismus, oft unterscheidet sich ihr Profil von demjenigen des Kantons, welchem sie angehören. Aus diesem Grund lohnt es sich, ihr Gewicht in einer komparativen Optik zu stärken, aber auch, sie näher zu beschreiben, ihre Eigenheiten und ihre spezifische Identität herauszuarbeiten, indem sowohl geographischen als auch sozio-ökonomische Faktoren berücksichtigt werden. Die letzte Studie der BADAC präsentiert die neusten Daten, welche aktuelle Themen umfassen bezüglich öffentlicher Verwaltungen, politischer Institutionen, sozialer Ungleichheit, Steuerbelastung und Leerwohnungsbestand für die Städte mit mehr als 10'000 Einwohnern. Die Stärke der Studie ist, dass sie die Veränderungen in den 2000er Jahren berücksichtigt.

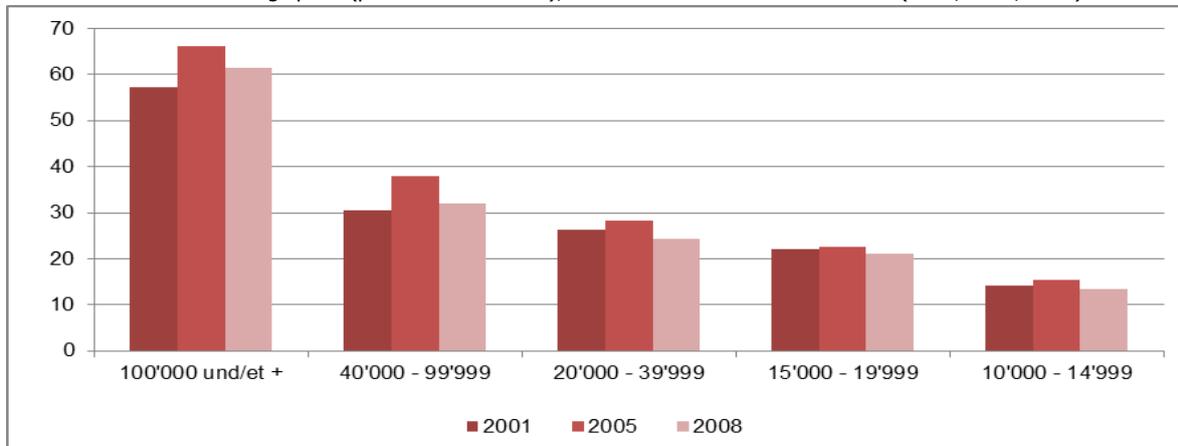
Die öffentliche Verwaltung ist am stärksten in den Zentrumsstädten und in den Kantonshauptorten vertreten

Der Anteil der zentralen öffentlichen Verwaltung (ZVQ) ist ein Indikator, welcher das Gewicht des Staates umschreibt. Er beschreibt die Beschäftigten gemäss der ständigen Wohnbevölkerung. Im Jahre 2008 beträgt die Anzahl Angestellter der Zentralverwaltung 98'446 Vollzeitstellen. Sie ist geringer als im Jahre 2005 (105'330), aber grösser als im Jahre 2001 (92'576). Die ZVQ der Kantonshauptorte sind überdurchschnittlich hoch, am höchsten liegt sie in den Städten, in denen die Bundes- und/oder Kantonsinstitutionen angesiedelt sind, wie Bern (164.2 auf 1000 Einwohner), Ittigen (132), Aarau (118.2), Liestal (117.8) und Bellinzona (117.6), am tiefsten in Richterswil, Chêne-Bougeries und Arth (< 3). Zwischen der ZVQ und der Grösse der Städte besteht ein Zusammenhang. Am höchsten mit 61.5 liegt sie in den Städten mit über 100'000 und am niedrigsten in denjenigen mit zwischen 10 und 15'000 Einwohnern. In den Städten des Tessins und des Mittellandes ist der Anteil höher, weil weniger Städte in die Berechnung des Mittelwertes miteinbezogen wurden. In Aarau (-20.6 %) und in Luzern (-35.9 %) ist der Anteil am stärksten rückläufig (zwischen 2005 und 2008).

Zentralverwaltungsquote (pro 1000 Einwohner), nach Kantonshauptort (2001, 2005, 2008)



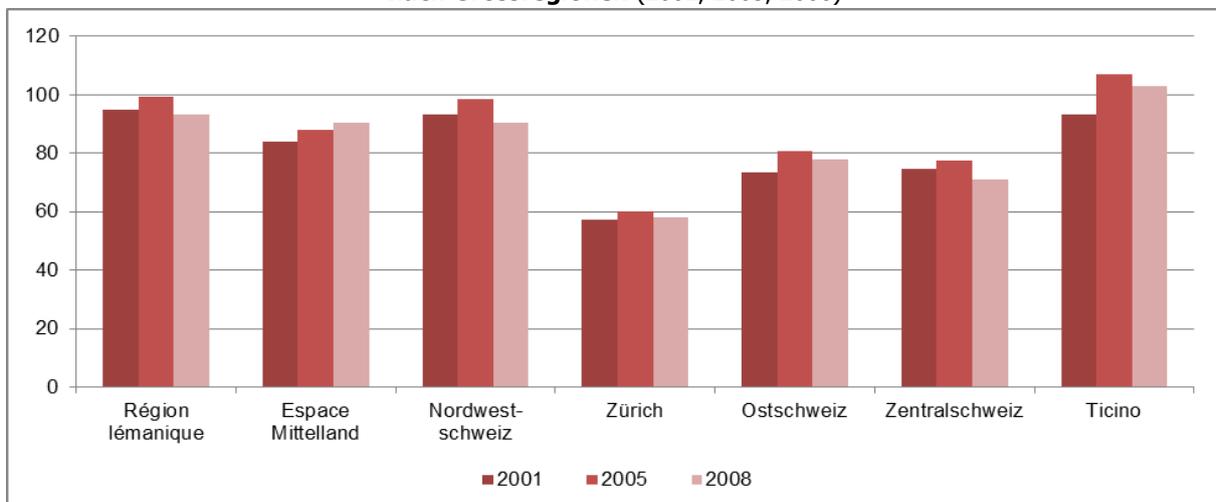
Zentralverwaltungsquote (pro 1000 Einwohner), **nach Einwohnerzahl** der Städte (2001, 2005, 2008)



Bildungs- Gesundheits- und soziale Einrichtungen sind in den lateinischsprachigen Städten und in den grossen Zentren am stärker entwickelt

Der Sozialstaat wurde vor allem seit den 1950er-Jahren stark entwickelt, zeitgleich mit der Demokratisierung der Ausbildung, der Verlängerung der Lebenserwartung und der Erhöhung der Sozialausgaben zugunsten der Haushalte. Insgesamt beträgt das Total der Arbeitsplätze in den Sektoren Bildung, Gesundheit und soziale Aktivitäten 325'589 Vollzeitstellen im Jahre 2008 und ist am Steigen; im Jahre 2005 waren es 322'728 VZS und 300'022 im 2001. Der Anteil beträgt ca. 100 pro 1000 Einwohnern und ist seit 2005 konstant. Mit 369 ‰ weist in 2008 Ecublens VD (EPFL und Universität Lausanne) den höchsten Anteil auf, vor Aarau (324) und Liestal (245). Auf der anderen Seite weisen die Städte des Kantons Zürich Regensdorf und Volketswil, aber auch Vernier, die tiefsten Anteile aus (ca. 21 ‰). Der Anteil Beschäftigter in den drei Sparten steigt mit der Grösse der Stadt an. Es lässt sich ein West-Ost-Gefälle feststellen. Im Osten der Schweiz sowie in der Zentralschweiz und in den Städten des Kantons Zürich ist der Anteil der Beschäftigten in der Gesundheit, der Bildung und im Sozialwesen verhältnismässig tief. Es handelt sich um Regionen mit allgemein eher tiefen Sozialausgaben.

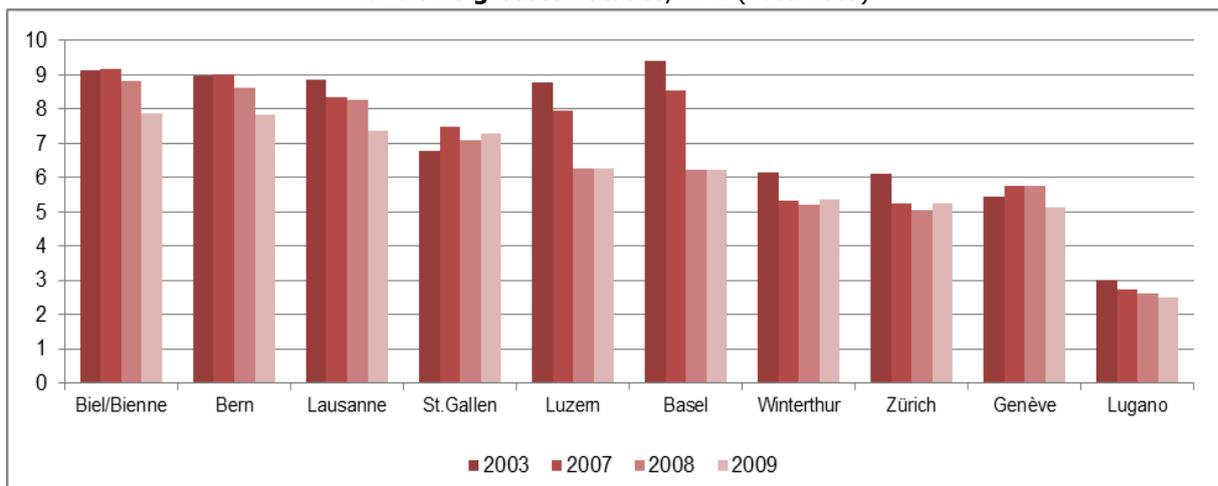
Beschäftigungsquote im Unterrichts-, Gesundheits- und Sozialwesen (pro 1000 Einwohner) **nach Grossregionen** (2001, 2005, 2008)



Rückgang der Steuerbelastung für Familien mit Kindern fast überall

Zwischen 2003 und 2009 hat sich die Steuerbelastung der städtischen Gemeinden (Alleinverdiener, Verheirateter mit 2 Kindern und 90'000 Fr. Einkommen) in allen Regionen und in allen Kantonen verringert (mit Ausnahme von St. Gallen). Die Steuerbelastung ist in der Region Espace Mittelland am höchsten und im Tessin am geringsten. Es gibt grosse Unterschiede bezüglich Steuerbelastung zwischen den Kantonen (2009: NE 9% und ZG 1.2%) und ebenfalls zwischen den Regionen (der Unterschied zwischen dem Espace Mittelland (7.9%) und dem Tessin (2.7%) liegt bei 5.2 Prozentpunkten) und zwischen den grossen Städten (5.4 Prozentpunkte Unterschied zwischen Biel (7.9%) und Lugano (2.5%)). Die Tessiner Städte sowie diejenigen der Kantone Zug und Schwyz weisen, im Vergleich mit anderen Städten, eine sehr tiefe Steuerbelastung aus. Die Steuerbelastung der Städte Bern, Biel, Lausanne und St. Gallen ist etwa dreimal höher. Die Städte der Kantone SO, JU, ZG, BL, BS, TG, FR, LU und SH haben die Steuerquote für verheiratete Paare mit Kindern zwischen 2003 und 2009 gesenkt und wurden für Familien somit attraktiver. Mittelfristig könnte dieser Steuerwettbewerb aber negative Auswirkungen auf die Sozialleistungen haben, deren Beschränkung betrifft auch die anderen Gruppen von Steuerpflichtigen.

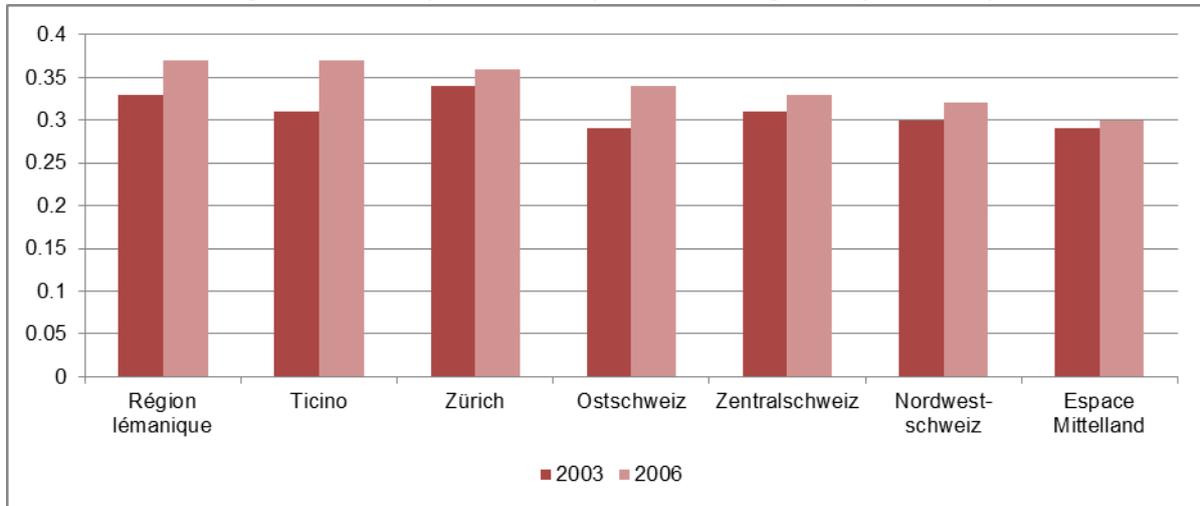
Steuerbelastung (Alleinverdiener, Verheirateter mit 2 Kindern und 90'000 Fr. Einkommen)
 für die **10 grössten Städte**, in % (2003-2009)



Generelle Erhöhung der sozialen Ungleichheiten

Der Ginikoeffizient wird normalerweise für die Messung der Ungleichheit im Bezug auf das zur Verfügung stehende Einkommen benutzt. Je tiefer der Indexwert, desto gleicher die Einkommen. Ein Koeffizient von über 0.4 ist als gefährlich für das gesellschaftliche Gleichgewicht zu betrachten. Im Jahre 2006 übertrafen 27 Städte mit mehr als 10'000 Einwohnern diesen Wert, darunter Genf, Zug, Zollikon, Pully, Versoix und Lugano. Die Ungleichheiten sind überall gestiegen, aber es gibt keine markanten Unterschiede zwischen grossen und kleinen Städten. Dennoch sind die Ungleichheiten in den Städten mit über 100'000 Einwohnern etwas grösser, in den kleinen und mittleren Städten aber praktisch gleich. Die Grössten Unterschiede lassen sich zwischen den Regionen erkennen. Die Ungleichheiten sind in den Städten der Genferseeregion und des Tessins am grössten (0.37), während die Städte der Nordwestschweiz einen tieferen Koeffizienten ausweisen (0.32). In den Grenzregionen kann eine grössere Zunahme der Ungleichheit festgestellt werden zwischen 2003 und 2006, was möglicherweise durch eine Übervertretung von schlecht qualifizierten Angestellten zu erklären ist. Genf ist die Stadt mit dem höchsten Ginikoeffizient, sowohl 2003 als auch 2006, Bern diejenigen mit der geringsten Ungleichheit und dem stabilsten Wert. Die Aktualisierung dieser Daten wird erwartet.

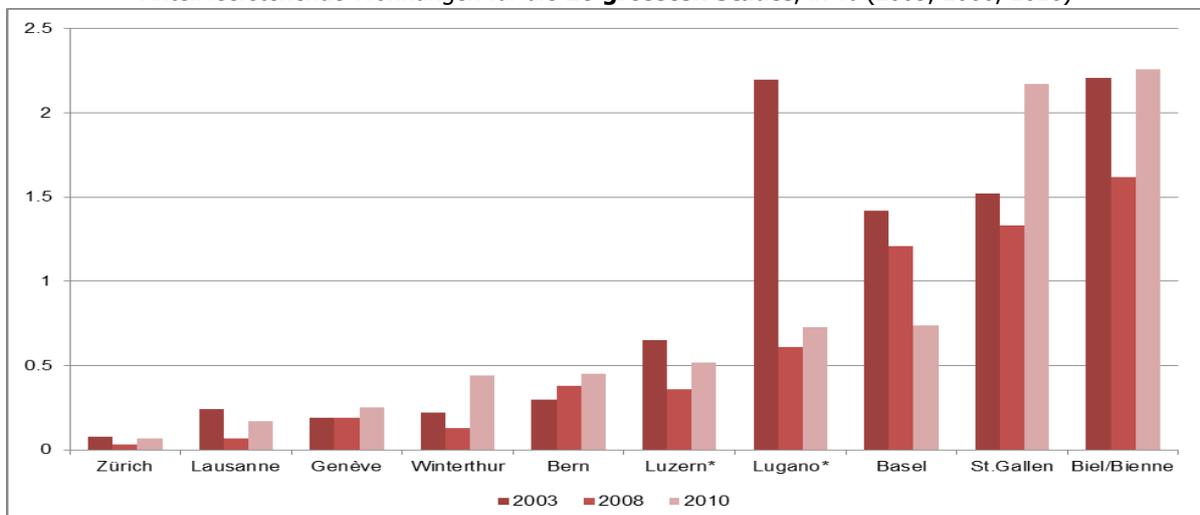
Ungleichheitsindex (Gini-Koeffizient) **nach Grossregionen** (2003, 2006)



Sehr geringer Anteil an leer stehenden Wohnungen, trotz Bemühungen um Neubau

Das Thema Wohnraum ist momentan Gegenstand von Debatten in zahlreichen Städten, trotz Bemühungen um Neubau (14'300 im Jahre 2009 für die 135 einbezogenen Städte, mit einer Erhöhung im Vergleich zum Anfang der 2000er Jahre). Im Jahre 2010 hatte Rheinfelden den höchsten Anteil an leer stehenden Wohnungen (beinahe 6%) und Morges den geringsten (0.06%). Besonders in den grossen Städten herrscht Wohnraummangel, der Leerwohnungsbestand ist sehr gering (Zürich 0.1%, Lausanne 0.2%, Genf 0.25%). Je grösser die Städte, desto weniger Leerwohnungen weisen sie auf, besonders in den Universitätsstädten und in den Hauptorten. Bezüglich der Entwicklung in den Jahren 2003 bis 2008 zeigen die zehn grössten Städte (ausser Bern) eine Verkleinerung des Leerwohnungsbestandes, aber eine Erhöhung zwischen 2008 und 2010. Diese könnte sich durch Bemühungen um Neubauten erklären lassen, ausser in Basel, wo keine Bauflächen existieren, um der Knappheit der Wohnflächen entgegenzuwirken. Der Wiederanstieg der Leerwohnungen in einigen Städten erstaunt und entspricht nicht der Wahrnehmung der Bevölkerung. Es muss die Frage gestellt werden, ob der Leerbestand bisweilen künstlich ist...

Anteil leerstehende Wohnungen für die **10 grössten Städte**, in % (2003, 2008, 2010)



* Gemeindefusion / fusion de communes

BADAC: Mehrwert für die Städte durch Aufbereitung öffentlicher Statistiken

Die Städtedatenbank der BADAC bereitet öffentliche Statistiken auf, indem sie die Gruppierung und Klassifizierung von für die Verwaltungswissenschaften wichtigen Indikatoren ermöglicht. Durch drei Klicks können Trendanalysen für Städte gemäss Kantonen vorgenommen werden sowie eine Klassifizierung von Indikatoren nach Stadtgrösse, Sprach- sowie geographischer Region. Des Weiteren können die Daten gemäss Hauptorten analysiert und nach Bezirken gruppiert werden. Ebenfalls sind Analysen für alle Gemeinden möglich (falls Daten für die Gesamtheit der Gemeinden vorhanden sind). Drei wichtige Quellen speisen die BADAC: die Daten des [BFS](#), welche durch die Statistikdienste der Stadt Zürich gesammelt wurden und in der Publikation „[Statistik der Schweizer Städte](#)“ publiziert werden und die Daten der eidgenössischen [Finanzverwaltung](#) sowie der [Steuerverwaltung](#).

Links auf die interaktiven Städtedaten der BADAC

- Portraits nach Stadt : http://www.badac.ch/db/db_portraits.php?typeN=2&lang=De
- Eckdaten : http://www.badac.ch/de/prestations/villes/chiffres_cles.php
- Themenbereich Städte: http://www.badac.ch/db/db_themes.php?typeN=2&theme=tableaux&lang=De
- Publikationen : <http://www.badac.ch/de/publications/index.php>

Auskunft

Christophe Koller, Verantwortlicher für die BADAC und Projektleiter am IDHEAP, Tel. +41 (0)21 557 40 67
christophe.koller@idheap.unil.ch

Gesamte Studie

C. Koller, A.-C. Rolland, N. Heuberger, Monitoring der Schweizer Städte. Komparative Analyse der Behörden, der Aktivitäten und der Staatsausgaben (2000-2010), Working Paper BADAC-IDHEAP 04/2011, 72 Seiten ([Pdf-Format](#)).

NB Die gebundene Studie kann per e-mail bestellt werden: anne-celine.rolland@idheap.unil.ch für **20 Fr.**

Indikatoren der Medienmitteilung und Quellen

- Zentralverwaltungsquote, in VZS pro 1000 Einwohnern;
Quelle : Statistik der Schweizer Städte, BFS (Betriebszählung).
- Beschäftigungsquote im Unterrichts-, Gesundheits- und Sozialwesen, in VZS pro 1000 Einwohnern,
Quelle : Statistik der Schweizer Städte, BFS (Betriebszählung).
- Steuerbelastung (Alleinvertreter, Verheirateter mit 2 Kindern und 90'000 Fr. Einkommen), in %;
Quelle : Statistik der Schweizer Städte, Eidgenössische Steuerverwaltung.
- Ungleichheitsindex (Gini); Quelle : Eidgenössische Steuerverwaltung.
- Anteil leerstehende Wohnungen, in %; Quelle : Statistik der Schweizer Städte; BFS, Leerwohnungszählung.